

Die Situation in Deutschland kann nicht von der weltweiten Entwicklung getrennt werden.

Das ganze imperialistische Weltsystem ist so labil wie noch nie. Die Corona-Pandemie ist zwar sehr unterschiedlich entwickelt, ist aber weit weg davon, dass sie besiegt ist. Neue Varianten beschleunigen die Verbreitung. Das langsame Impftempo weltweit ist eine Katastrophe und Ausdruck der Menschenfeindlichkeit des Imperialismus. In Deutschland wird die 4. Welle sehenden Auges hingenommen. In einigen Bundesländern hat die Schule nach den Sommerferien begonnen, aber es gibt kaum Luftfiltergeräte, immer noch zu große Klassen, zu wenig Lehrer und keine Konzepte, um die Kinder und Jugendlichen zu schützen.

Ihr habt von der Flutkatastrophe in Deutschland im Juli mit mindestens 183 Toten und immer noch 73 Vermissten gehört. Das war eine Katastrophe mit Ansage, sie hat ihre allgemeine Ursache in der globalen Umwelt- und Klimakrise, und konkret im völligen Versagen der Regierungen und Behörden, die viel zu spät eine Warnung herausgaben.

Aber auch die Kriegsgefahr verschärft sich weltweit. Am 2. August schickte Deutschland eine Fregatte ins Südchinesische Meer, um an einem NATO-Manöver teilzunehmen. Die weltweiten Widersprüche werden sich künftig noch stärker auf den Kampf zwischen China und den USA konzentrieren. Der Kampf gegen Rechtsentwicklung, Faschismus und imperialistischen Krieg wird immer wichtiger.

Die Labilität weltweit ist aber vor allem durch gesamtgesellschaftliche Krisen, Regierungskrisen, verbunden mit Massendemonstrationen, Streiks und Aufständen wie in Kolumbien, Brasilien, Peru, Tunesien, Belarus, Polen, Tunesien, Marokko und vielen anderen gekennzeichnet. Insgesamt nimmt eine antikapitalistische Tendenz zu.

In Deutschland nimmt die Polarisierung zu, es hat sich eine neue Vertrauenskrise gegen die bürgerlichen Parteien und den Staat herausgebildet. Die Umfragewerte im gegenwärtigen Bundestagswahlkampf am 26. September schwanken stark und drücken vor allem ein Misstrauen in die bürgerlichen Politiker aus.

In den Betrieben wurde die Vernichtung von 100.000 Arbeitsplätze in der Automobil-, Stahl- und Chemieindustrie bis 2025 bereits seit 2018 eingeleitet, vor allem über die Entlassung von Leiharbeitern und befristet eingestellten Kollegen, und über angeblich „freiwillige“ Abfindungen. Die Unterschrift darunter wird oft nur mit durch Druck, Drohungen mit Versetzungen in weit entfernte Produktionsstätten und über Mobbing erpresst. Gerade die Automobilkonzerne verzeichnen Supergewinne trotz Weltwirtschafts- und Finanzkrise und Coronakrise. Volkswagen hatte zum Beispiel den bisher höchsten Halbjahresgewinn mit 11 Mrd. Euro. Außer durch Arbeitsplatzvernichtung wurden sie mithilfe der Kurzarbeit und extremen Flexibilisierung der Arbeitszeit erreicht. Oft wechseln sich Kurzarbeitstage und Wochenendarbeit unmittelbar ab. Allerdings wirkt die Kurzarbeit noch als Dämpfung des Klassenkampfes. Manche Konzerne stocken sie auf 90 Prozent auf, um die Belegschaft ruhig zu halten.

Die Coronakrise wurde auch genutzt, um sehr niedrige Lohnabschlüsse, teilweise Nullrunden, durchzusetzen. Aber jetzt steigt die Inflation stark an, im Juli betrug sie 3,8 Prozent. Die Inflation ist eine wesentliche Methode im Kapitalismus, die Krisenlasten auf die Arbeiter und Massen abzuwälzen. Wir fördern deshalb eine Bewegung für Lohnnachschlag, der letztlich nur im selbständigen Kampf durchgesetzt werden kann.

Eine wichtige Auseinandersetzung in den Betrieben geht noch um die Verteidigung und Ausbau demokratischer Rechte und Freiheiten. Mit der Corona-Pandemie wird seit anderthalb Jahren die Absetzung von Betriebsversammlungen und oft auch Vertrauensleuteversammlungen begründet. In einigen Betrieben finden Online-Betriebsversammlungen statt, aber ohne Aussprachemöglichkeiten von Kollegen. Tatsächlich gibt es aber Möglichkeiten, mit Hygieneregeln Versammlungen durchzuführen, eventuell in einer größeren Halle oder einem Großzelt.

Die Ausbildungssituation hat sich in Deutschland verschlechtert. Im Jahr 2020 wurden 11 Prozent der Ausbildungsplätze vernichtet, vor allem in der Industrie. 2021 ist es nicht besser.

Auf große Empörung unter den Arbeitern stößt die Forderung der Monopolverbände, das Rentenalter auf 70 Jahre zu erhöhen. Schon jetzt erreichen viele Kollegen das jetzige mit 67 Jahren aus gesundheitlichen Gründen nicht und müssen teils hohe Renten-Abschläge in Kauf nehmen.

Wir stellen in Deutschland fest, dass wir uns stärker als früher weltanschaulich auseinandersetzen müssen und das von den Kollegen herausgefordert wird.

So wird zum Beispiel gezielt verbreitet, dass die Bedeutung der Arbeiterklasse sinken würde, ihre Zahl ständig abnehme und damit der Klassenkampf überflüssig würde. Tatsächlich werden in Statistiken dann einfach Leiharbeiter zu Dienstleistern gezählt, obwohl sie seit Jahren bei VW oder Daimler arbeiten. In den Programmen der bürgerlichen Parteien zur Bundestagswahl am 26. September kommen Industriearbeiter kaum vor.

Besonders wird der Antikommunismus gezielt geschürt und fortschrittliche linke Menschen offen unterdrückt. Im sogenannten „Gefährder-Prozess“ am 3. August erzielte Stefan Engel einen klaren Sieg, seine Einstufung als Gefährder verstieß gegen geltendes Recht. Herzlichen Glückwunsch dazu! Der Kampf geht aber weiter, denn die Hintergründe und Drahtzieher sind noch nicht offen gelegt, und auch weitere Kollegen wie Yüksel Koc von einer kurdischen Organisation sind noch betroffen.

Nicht zuletzt müssen wir gegen faschistische Einflüsse durch „Querdenker“ und Coronaleugner, die von der Verantwortung der Konzerne ablenken und antikommunistisch spalten, entschieden vorgehen, die Überzeugungsarbeit forcieren.

Die IAC-Bewegung in Deutschland war am 1. Mai kämpferisch aufgetreten, hatte das erste Mal ein Video zur Mobilisierung erstellt, das auch in sozialen Netzwerken eingesetzt wurde, und war vor allem bei Daimler, VW und Opel aktiv gegen Arbeitsplatzvernichtung und für die Übernahme von Leiharbeitern. Am 22. Juni fuhr eine Delegation nach Frankreich zum Aktionstag in Sochaux. Für die Philippinensolidarität wurden Spenden gesammelt mithilfe von Spendenkarten für die Arbeiterschule in Manila, allein auf einem Solidaritätsfest in Heilbronn 313,85 Euro.